

Risiko hänge machen, sondern an das Wort denken, daß wo ein Wille, auch ein Weg ist und mit Mut und Energie alles tun, um möglichst bald in Bremen die Regierungserweiterung herbeizuführen. Sie wird die beste Vorbereitung für die Schaffung stabiler Verhältnisse auch im Reich sein. Macht da die Deutsche Volkspartei wiederum Schwierigkeiten, so hat die Zentrumsfraktion des Landtags immer noch und stärker als unter den jetzigen Verhältnissen die Möglichkeit, den Zentrumsfraction des Reichstages die nächste Assistenzdienste zu leisten.

:: Berlin, 4. Oktober. In der Frage der Bildung der Großen Koalition in Preußen hat am Donnerstag eine Besprechung des völksparteilichen Führers Stenden mit dem preußischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Die Annahme, daß die Deutsche Volkspartei am Donnerstag an die Regierungsparteien in Preußen herantreten wird, trifft nicht zu. Man erwartet vielmehr die Entwidlung in der Weise, daß der Ministerpräsident die Initiative ergreifen wird und daß die Frage vielleicht in einer Sitzung des interfraktionellen Ausschusses zur Besprechung gelangt.

Von unserer Berliner Redaktion.

Am Donnerstag morgen wußten verschiedene Blätter über den angeblich bevorstehenden Abbruch der Konstantinverhandlungen in Preußen zu berichten. Ueineigemeinte Kreise konnten aus den Mitteilungen den Schluß ziehen, die Verhandlungen seien so weit gediehen, daß die Materie dem Parlament in den nächsten Tagen unterbreitet würde. Dieses trifft jedoch nicht zu. Von amtlicher preussischer Seite wird vielmehr über den Stand der Dinge folgende Erklärung verbreitet:

In letzter Zeit sind von verschiedenen Seiten Nachrichten in die Presse gelangt, die von einem Abschlusse der von dem Kultusminister und dem hiesigen Apostolischen Runtius geführten Verhandlungen und von der Fertigstellung einer Konkordatsvorlage wissen wollten. Diese Nachrichten sind offenbar im Zusammenhang mit den parlamentarischen Erörterungen über die Erweiterung der preussischen Koalition entstanden. Die preussische Staatsregierung hat durch den Minister Dr. Beder bereits wiederholt im Landtag erklären lassen, daß es gerade um dem Standpunkt der staatlichen Interessen durchaus erwünscht sei, das Vertragsverhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche gemäß den durch die Reichsorganisation gelassenen veränderten staatsrechtlichen Verhältnissen neu zu regeln. Die hierüber seit geraumer Zeit schwebenden Verhandlungen sind beiderseits unerbittlich geführt und keineswegs abgeschlossen. Unter diesen Umständen hat das preussische Kabinett zu der Materie noch nicht Stellung nehmen können. Gegenüber den auf dem Schulgebiet gehöhrten besonderen Besorgnissen wird ausdrücklich erklärt, daß eine Vereinbarung zwischen Staat und Kirche, die die Staatshoheit auf dem Schulgebiet einschränken könnte, nicht in Frage komme.

Diese Darstellung bedt sich mit folgenden Informationen, die uns aus Kreisen der preußischen Zentrumsfraktion zugehen: Die von der Berliner Presse über die Konfessionsverhandlungen veröffentlichten Nachrichten beruhen auf bloßen Vermutungen und Kombinationen. Es ist bekannt, daß seit längerer Zeit eine unerbittliche Aussprache zwischen dem Sachreferenten im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und dem Vertreter des Apostolischen Stuhles stattgefunden hat. Nach den Erklärungen, die der Minister im preußischen Landtag wiederholt abgegeben hat, sind die Verhandlungen noch nicht soweit gediehen, daß sie dem preußischen Staatsministerium zugeleitet werden könnten. Ob das in der nächsten Zeit geschehen wird, steht noch nicht fest. Die Ausführungen in der Berliner Presse dürften zum großen Teil den Zweck haben, die Verhandlungen zu erschweren, statt zu erleichtern.

Nach einer Meldung des H. D. Z.-Büros soll ein Vorentwurf des Konföderats fertiggestellt sein und am nächsten Dienstag zum ersten Male im preußischen Kabinett erstört werden. Aber es handelte sich nur um eine Vorbesprechung, die der Ministerpräsident mit den Staatsministern durchführen wollte. Der endgültige Beschluß des Konföderats liege noch in weiterer Ferne.

○ Eisenach, 4. Okt. In der heutigen Mitallieder-  
versammlung des Deutschen Protestant.

## Der Reichskanzler über die Aufgabe der Presse.

÷ Berlin, 4. Oktober.

Anlässlich seiner diesjährigen Hauptversammlung in Berlin hatte der Verein Deutscher Zeitungs-Verleger zum heutigen Abend für eine Festschau in den Marimoralla im Zoologischen Garten eingeladen. Rund 350 Ehren Gäste hatten der Einladung Folge geleistet, unter ihnen die Spitzen der Behörden des Reiches, Preußens und der Stadt Berlin, sowie eine große Anzahl der hervorragendsten Vertreter von Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst und der Berliner Presse. Für die Stadt Berlin war Oberbürgermeister Böck eine Anzahl von Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung anwesend.

Der Vorsitzende, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, hielt eine Ansprache, in der er nach Begründung des Reichstagslers und der zahlreichen anderen Ehren Gäste, darunter den Vertreter des österreichischen Zeitungswesens, ausführt: „Die Stellung der Zeitung im Staatsleben der Gegenwart erfordert getrieblisch die Zusammenarbeit der Staatsgewalt mit der Presse, Parteien, Parlament, Presse — diese drei großen W — sind heute die Mächte, die unsern Staatslebens beherrschen. Mit der so gewaltig steigerten Bedeutung der Zeitung für das Staatsleben ist auch die Stellung der Verleger im öffentlichen Leben außerordentlich gewachsen. Wir, die wir nicht nur das ganze wirtschaftliche Risiko unserer Unternehmungen, sondern darüber hinaus die moralische Verantwortung für die Zeitung und für unsere Mitarbeit im ganzen Umfang vor der Öffentlichkeit tragen, muß empfinden die Pflicht, uns dieser schweren und durch nichts ersetzbaren Verantwortung im vollen Ausmaße bewußt zu sein. Denn heute die Zeitung macht sich, so gilt für uns Verleger der Grundsatz: Zeitung verpflichtet, Macht verpflichtet! Nicht nur im innerstaatlichen Leben ist die Zeitung ein großer Machtfaktor, sondern auch in ihrer Außen- und Fernwirkung. Jedes Volk hat die Presse, die seiner Eigenart entspricht, und so ist die Presse eines Volkes der Ausdruck seines kulturellen und geistigen Standes, der Gradmesser seines nationalen Willens, die Bestimmung seiner politischen Selbstbestimmung. Für uns alle, die wir deutschen Stammes und deutscher Sprache sind, für die vielen Millionen, die sich innerhalb und außerhalb der politischen Grenzen des Reiches zum Deutschum bekennen, ist die deutsche Sprache, ist das ge-

druckte Wort, ist die deutsche Zeitung, die weit über Meere und Grenzen flattert, das einigende Band geistiger Zusammengehörigkeit und gemeinsamen Volkstums. Angesichts des ungeheuren Reichthums an Gütern des Geistes, das der Kunst, der Wissenschaft, der Technik, die das deutsche Volk und unser Volk durch ihren Fortschritt aus unser Dasein, und unser Volk durch äußeres Müssiggeld nicht bezaubert werden, durch vielgestaltig mit Deutschen sein mögen in Aufzählung und Gewinnung, über uns allen steht das gemeinsame deutsche Vaterland, und über die politischen Grenzen hinaus das gemeinsame deutsche Volkstum. Unser geliebtestes deutsches Vaterland und das ganze deutsche Volkstum hoch, hoch, hoch!"

landlich. Die Feststellnehmer sangen hierauf das Deutsche Lied.

Im Anschluß an die Verhandlungsansprüche Dr. Krumboltz erhielt Reichsfänger Hermann Müller das Wort zu Ausführungen, in denen er sich zunächst für die Waise, die kein Vorräder der Reichsregierung geworden ist, habe, bedankte, und zu gleicher Zeit die Größe und Wichtigkeit der Reichsregierung sowohl als auch der preussischen Regierung bei der Leitung des Vereins der Deutschen Rettungsvereiner übermittelte. Anschließend an die Ausführungen von Kommerzienrat Krumboltz betonte auch er:

die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen  
Staatsgewalt und Presse.

Niemand wisse dies mehr zu schätzen als die Reichsregierung. Wir leben, so fuhr Reichsfürst Hermann Wirth fort, in einer Zeit gesteigerter Intensität und daher eines wüthenden Verhältnisses dafür, daß die Presse immer heftiger und reichhaltiger die Willkür der Regierung angreife. Allerdings muß die Presse der Regierung auch die nöthigen Dienste zur Selbstheilinnahme leisten. Was von der Bedeutung der Presse noch nicht überzengt ist, der wird durch jene großen Aufstände bekehrt werden; die uns jetzt zur Lösung vorerleiden. Ich erinnere nur an Genoa und werden in der nächsten Zeit

außerordentlich wichtige Verhandlungen

eröffnet werden, die für das deutsche Schicksal entscheidend sind. Die deutsche Presse hat nun die Aufgabe, in der nächsten Zeit das Beste zu leisten, damit die notwendige Aufklärung über das Deutschland wie es ist, geschaffen wird. Es handelt sich jetzt nicht nur darum, die deutsche Wirklichkeit für alle klar



Diese bringen und halten Ihre Verbaufung in Ordnung. Als man sie nur vorfchlug, war ich auch ungläubig, aber die vorzunehmende und fördernde Wirkung von „Rufek“ hat mich sehr eines Besseren belehrt und wird auch Sie überzeugen. Ueberdies schmecken die Rufe-Extrappen ganz bristig, gar nicht zu vergelten mit den sonst wohl thätlichen Schmecken können. Gedruckt bei Hofmeister'sche Buchhandlung in der ersten Reihe der Straße.

**nur noch kurze Zeit!**

**Nie wieder so billig!**  
Für die kleinen Umbauhinderungen werden Sie bei uns  
mehr als entschädigt. — Auch Ihrem  
Geldbeutel wird's wohl tun.





11